

Kurz- Info Wahlwerbung

1. **Wegen der CORONA- Pandemie wird in der Gemeinde Bobenheim-Roxheim gemäß Rundschreiben des Landeswahlleiters vom 25.06.2021 Wahlwerbung zur Bundestagswahl am 26.09.2021 ausnahmsweise bereits ab 31. Juli 2021 zugelassen.**

2. **Wahlwerbung mit Werbetafeln / Infostände ab 31. Juli 2021:**

Es genügt ein formloses Anzeigen, z.B. per E-Mail an das Ordnungsamt über ordnungsamt@bobenheim-roxheim.de.

Folgende Vorgaben sind jedoch bei der Aufstellung der Plakate zu beachten:

Die Aufstellung hat so zu erfolgen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des fließenden und ruhenden Verkehrs nicht beeinträchtigt wird.

Das Anbringen von Plakattafeln an Verkehrszeichen, Verkehrszeichenpfosten sowie Verkehrseinrichtungen laut § 43 Absatz 1 StVO ist verboten.

Das Aufstellen von Plakattafeln in Verkehrskreisel und Verkehrsinseln ist verboten

Infostände sind spätestens 1 Woche vorher mit Angabe des vorgesehenem Standortes anzuzeigen, sofern die Bestimmungen der geltenden CORONA-Bekämpfungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz dies zum Zeitpunkt der geplanten Aufstellung des Infostandes zulassen.

Großflächenplakate (sogen. Wesselmänner) sind mit der Angabe der Größe und des gewünschten Aufstellortes zu beantragen. Der Antrag wird vom Ordnungsamt an den Fachbereich 2 (Bauamt) zur Prüfung und evtl. Einzelgenehmigung weitergeleitet.

3. **Wahlwerbung mittels Lautsprecherwagen als allgemeine Wahlwerbung ab dem 10. Tag vor der Wahl am 16.09.2021 bis zum 25.09.2021**

Die Genehmigung für die Bundestagswahl ist beim Landesbetrieb Mobilität, Außenstelle Speyer, Telefon Nr. 06232/626-0 oder E-Mail lbg-sp@lbg.rlp.de einzuholen.

Nach Vorliegen der Genehmigung durch den LBM genügt dann eine formlose Anzeige per E-Mail an Herrn Unvericht unter ordnungsamt@bobenheim-roxheim.de

4. **Am Wahltag, 26.09.2021**

Während der Wahlzeit **in** und **am** Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar **vor dem Zugang zu dem Gebäude** ist jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten.

Die Gemeindeverwaltung bzw. die **Wahlvorstände** sind verpflichtet, auf die strikte Anwendung dieses Verbotes zu achten.